

---

## Die sozialen Bewegungen in Frankreich in Zeiten der Pandemie. Ein Gespräch mit Willi Hajek\* und Lou Marin\*\*

Die Corona-Krise hat auch die sozialen Bewegungen vorläufig zum Halten gebracht, besonders auffällig in Frankreich, das in den vergangenen rund zwei Jahren nicht nur die Bewegung der Gelbwesten erlebte, sondern im Herbst und Winter 2019/20 auch den gegen die Rentenreform der Macron-Regierung gerichteten Massenstreik. Wir haben Lou Marin und Willi Hajek im Februar in Marseille interviewt, um ihre damals aktuelle Einschätzung zum Verlauf der Kämpfe zu erfahren. Der Text ist danach in das Durcheinander der ersten Wochen der Pandemie geraten und wurde Mitte Mai per Mail auf unsere Nachfragen hin von beiden um neue Einschätzungen ergänzt.<sup>1</sup> Das Gespräch führten Lars Stubbe und Peter Birke.

---

\* Willi Hajek ist Gewerkschafter und Bildungsarbeiter. Er lebt in La Ciotat bei Marseille und hat unter anderem zur Bewegung der Gilet Jaunes zahlreiche Texte veröffentlicht. Im Verlag Die Buchmacherei erschien zuletzt: Willi Hajek (Hg.), „Gelb ist das neue Rot“, Gelbwesten und Gewerkschaften in Frankreich, Berlin 2020, [<https://diebuchmacherei.de/produkt/gelb-ist-das-neue-rot-gewerkschaften-und-gelbwesten-in-frankreich/>].

\*\* Lou Marin ist unter anderem Redakteur der Zeitschrift Graswurzelrevolution [<https://www.graswurzel.net/gwr/>]. Er lebt seit fast zwanzig Jahren in Marseille und ist Autor zahlreicher Texte zum Anarchismus, so unter anderem zur Beziehung der Arbeiten von Albert Camus zur libertären Bewegung. In deutscher Sprache erschien: Lou Marin, Albert Camus – libertäre Schriften, Hamburg 2013.

<sup>1</sup> Das Interview ist damit zugleich unversehens der vierte Beitrag in unserer Reihe zu den Folgen der Pandemie für Arbeitskämpfe und sozialen Bewegungen geworden. Abgeschlossen wurde die Bearbeitung – parallel zur ersten weitergehenden Lockerung des *confinement* in Frankreich – am 1. Juni 2020. Wie bei den vorigen Beiträgen zur Frage der Veränderung von Arbeitsverhältnissen und Klassenkämpfen in der Pandemie gilt auch hier der Vorbehalt, dass sich die Situation aktuell schnell ändert und die Einschätzungen und Prognosen vor diesem Hintergrund zu bewerten sind.

## Die Massenstreiks im Winter 2019/2020

**Frage:** Wie würdet ihr rückblickend die Bewegung gegen die Rentenreform bewerten?

**Lou Marin:** Die Proteste gegen die Rentenreform waren seit Anfang Dezember 2019 sehr, sehr stark, vor allem im Transportwesen. Die Streiks haben großen ökonomischen Schaden angerichtet, vor allem bei der SNCF und bei den anderen Transportgesellschaften. Es war nicht nur einer der längsten Streiks, sondern der längste Streik überhaupt, länger sogar als der des Jahres 1995. Bis in den Februar 2020 hinein gab es noch Nachstreiks. Ich nenne sie Nachstreiks, weil da der eigentliche, 46 Tage durchgängige Streik im Transportwesen schon vorbei war. Es wurde zunächst auch ein bisschen was erreicht, etwa die Rücknahme des Plans, das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre zu erhöhen – allerdings stand das zu Beginn der Covid-19-Krise noch zur Disposition, weil das Finanzierungskonzept noch hätte diskutiert werden sollen. Die Einführung des Punktesystems sollte aber beibehalten werden, sie fand sich auch noch im ersten Gesetzesentwurf. Durch die Covid-19-Krise und die Erklärung Macrons am 19. März 2020 ist die Reform inzwischen praktisch suspendiert, sowohl was das Punktesystem als auch was Einstiegsalter anbelangt, bis auf einen unbestimmten Zeitpunkt nach der Krise. Ob allerdings die sozialpolitischen Mängel, die während Covid-19 vor allem im Gesundheitswesen und in den Altenheimen offensichtlich geworden sind, ein schnelles Durchpeitschen der Reform überhaupt noch zulassen, werden wir sehen.

**Willi Hajek:** Ich sehe das ähnlich. Der Schwerpunkt für diese ganze Bewegung, schon bevor am 5. Dezember 2019 der Streik ausgelöst wurde, war der Transportbereich. Was ein bisschen aus dem Blick gerät, ist die Tatsache, dass die Mobilisierung schon im September anlief, vor allem in Paris, in den Bahnhöfen. Der Kernpunkt, um den es bei den Versammlungen jener Gewerkschaften ging, die eher kämpferisch orientiert sind, war, dass es nicht erneut wie beim letzten großen Streik im Transportwesen, etwas mehr als zwei Jahre zuvor, zu zeitversetzten Ak-

tionen kommen dürfe, das hieß damals: immer drei Tage keine Arbeit, zwei Tage arbeiten. Deshalb kam dann der ununterbrochene Streik seit Anfang Dezember. Das zweite ganz Wichtige war, dass allen klar war, dass die Entscheidung über Fortführung oder Abbruch des Kampfes an der Basis getroffen werden müsse. Am 5. Dezember hat die CGT<sup>2</sup> dann erklärt: Streikbewegung, aber *reconductible*, das heißt, mit einer ständigen Erneuerung einer Entscheidung der Basis für oder gegen Streikfortsetzung. Das war eigentlich eine neue Situation, auch bezogen auf die CGT, denn schließlich war das normalerweise eine Forderung der Basis.

**Frage:** Was heißt „normalerweise“?

**Willi Hajek:** Eine klassische Forderung, traditionell, überliefert. In den Streiks von 1995 war sie von zentraler Bedeutung, und seitdem wurde sie immer wieder erhoben: ‚Wir lassen uns den Streik nicht aus der Hand nehmen, sondern versuchen, die Kontrolle zu übernehmen, indem immer wieder neu auf Basisversammlungen entschieden wird.‘ Und 2017 lief der Streik ja anders, nämlich mit einem Konzept, das *von oben* über drei Monate definiert wurde und bei dem die Streiktage de facto festgelegt wurden. Also mal rein, mal raus – das hat wirklich viele Leute total frustriert. Das Management konnte sich so natürlich darauf einstellen, weil alles schon öffentlich geplant war. Und klar, die Nutzerinnen und Nutzer konnten sich eben auch darauf einstellen, wann Streiktage waren und wann nicht.

**Frage:** Wie würdet ihr überhaupt die Vorgeschichte der Streiks beschreiben?

**Willi Hajek:** Zwischen der Gelbwestenbewegung und der Streikbewegung gab es auf jeden Fall ein Abflachen, aber insgesamt kein wirkliches Abbrechen oder Aussetzen der sozialen Bewegungen. Und auch „zwischen“ den Bewegungen gab es Kontinuität: Hier in Marseille zum Beispiel liefen das ganze Jahr über Proteste in Krankenhäusern. Es gab seit März 2019 eine Koordination quer durch die Krankenhäuser, mit

<sup>2</sup> CGT = *Confédération générale du travail*, Allgemeiner Gewerkschaftsbund, zweitgrößter Dachverband in Frankreich, früher der Kommunistischen Partei nahestehend, etwa 650.000 Mitglieder.

Schwerpunkt in den Notaufnahmen. Und es gab relativ viele Aktionen, die eine Verbesserung der Ausstattung und der Arbeitsbedingungen forderten, die aber nie so eine Breitenwirkung entfalteten. Auch sonst gab es viel Unruhe, insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Dienstes und der Daseinsvorsorge, beispielsweise bei den Feuerwehrleuten. Nur waren das 2019 eben punktuelle Aktionen, die nur regionale Aufmerksamkeit erfuhren, in Bordeaux zum Beispiel. Sie waren in den landesweiten Medien kaum präsent. Es gab lokale Koordination, aber kaum eine landesweite Verständigung. Im Dezember hat sich das dann wieder geändert, und am Anfang hatte die Bewegung wirklich eine große Dynamik. Das kann man etwa daran sehen, wie die Vollversammlungen abliefen. Solche Versammlungen können stark von oben bestimmt sein, manchmal reden da nur Gewerkschaftsvertreter. Aber auf den Versammlungen, die seit Dezember in den Bahnhöfen stattgefunden haben, gab es unheimlich viele Vorschläge von den Teilnehmenden, und zwar nicht nur, Versammlungen zu machen, sondern auch, Berührungspunkte zu anderen Bereichen zu suchen. Es wurde hier in Marseille zum Beispiel eine Aktion zusammen mit den Beschäftigten am Flughafen gemacht, und da ging es nicht nur um die Rentenreform, sondern auch um andere Forderungen. Dann die Aktionen mit den Dockern am Hafen. Diese *convergence de luttes*, das Verbinden, Zusammengehen der Kämpfe – ich finde, das ist eigentlich einer der wichtigsten Aspekte, der durchaus auch dazu beigetragen hat, dass im Winter die Gewerkschaften, die CGT und auch die SUD,<sup>3</sup> einen größeren Zuspruch hatten.

**Lou Marin:** Na ja, einerseits stimmt das, aber was man auch wissen muss, ist, dass die Gewerkschaften gespalten sind. Der Höhepunkt war erreicht, als die CFDT<sup>4</sup> gesagt hat, der Sieg sei da, weil die Regierung das erhöhte Renteneinstiegsalter erst mal zurückgenommen hatte. Da-

---

<sup>3</sup> SUD = Akronym für *solidaires, unitaires, démocratiques*, solidarisch, vereint, demokratisch: Linker Dachverband „neuer“ Gewerkschaften, die aus den Streiks der 1980er und 1990er Jahre hervorgingen. Seit 1998 kurz „Solidaires“, hat heute ca. 120.000 Mitglieder.

<sup>4</sup> CFDT = *Confédération française démocratique du travail*, Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund, früher christlicher Dachverband, seit den 1970ern der Sozialdemokratie (Sozialistische Partei) nahestehend.

raufhin kam es zu einer Besetzung der CFDT-Zentrale, einerseits gut und wichtig, aber andererseits auch Ausdruck innerer Kämpfe. Im Vergleich mit der BRD ist die Gewerkschaftsszenerie enorm zersplittert. Und gerade im Transportsektor, bei Bus, Metro und so weiter, gibt es neue Basisgewerkschaften, die Kritik am Zentralismus üben, an den Verhandlungsstrategien und an den Verhandlungen überhaupt, die zwischen Gewerkschaftszentralen und Regierung geführt werden. Aber das war auch 1995 so, und daraus entwickelte sich ja die SUD, die heute die stärkste Basisgewerkschaft ist. Diese dezentrale Struktur führt auch dazu, dass Gewerkschaften oft dort losschlagen, wo sie besonders stark sind. Und nicht erst auf das Ablaufen der Friedenspflicht warten und auf dieses ganze bürokratische Moment Rücksicht nehmen, das die Gewerkschaften in Deutschland oft prägt. Aber der Nachteil ist: Wenn es ein bisschen zerfasert, wenn die Regierung nicht sofort nachgibt, dann folgt auf eine Stärkephase nicht selten auch eine Phase interner Kämpfe. Dann geht es vielleicht in einzelnen Bereichen oder einzelnen Städten weiter, wie das im Januar der Fall war, aber anderswo dann eben nicht mehr so richtig.

**Frage:** Wie hat sich die Mobilisierung gegen die Rentenreform überhaupt bis zum Einsetzen der Coronakrise verändert?

**Willi Hajek:** Etwa Mitte Januar 2020 zeichnete sich relativ deutlich ab, dass diese Regierung nicht zurückweichen wird. Das hat mehr oder weniger automatisch dazu geführt, dass die Demonstrationen eher einen symbolischen Charakter angenommen haben und die Bewegung langsam nachließ. Zudem kam es zu einer gewissen Spaltung. Das gilt für den Richtungsstreit der Gewerkschaften, den Lou schon erwähnt hat, aber auch für andere Aspekte. Bei den Protesten gegen die Rentenreform war die Polizei sehr friedlich, im krassen Gegensatz zu ihrer unheimlichen Brutalität gegenüber den Gelbwesten, die auch im Januar noch regelmäßig zusammengeprügelt wurden. Gleichzeitig gab es heftige Diskussionen auf den Vollversammlungen, wie es weitergehen sollte. Die Blockaden verschwanden dann mehr oder weniger ganz, und es gab eine gewisse Stagnation. Alle warteten auf die erste Runde der Kommu-

nalwahlen, die am 15. März trotz Coronakrise stattfand, mit einer sehr schwachen Wahlbeteiligung und gemischten Ergebnissen, allerdings fast überall mit einer heftigen Niederlage der Regierungspartei.

## *Gilets Jaunes* und Arbeitskämpfe

**Frage:** Waren die Massenstreiks – verglichen mit der Bewegung der Gelbwesten – auch eine Art Rückkehr zu den Aktionsformen der Arbeiter\*innenbewegung?

**Lou Marin:** Es kommt darauf an, worüber wir da genau sprechen. Zum Beispiel ist das Verhältnis zwischen Paris und dem übrigen Frankreich immer wichtig, und das gilt selbstverständlich für beide Bewegungen. Auch die Aktionen der *Gilets Jaunes* waren ja nicht einfach nur dezentral. Die Bewegung begann zwar an den *rondpoints*, an den teilweise dauerhaft blockierten Verkehrsknotenpunkten, oft auf dem Land, doch Demos und Konflikte in Paris standen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Außerdem gab es auch in den *Gilets Jaunes*, anschließend an das, was Willi gerade über „symbolische“ Demos gesagt hat, eine Kritik an rituellen Mobilisierungen der Gewerkschaften, die zu harmlos seien. Bei den Gelbwesten gab es den *cortège de tête*, also den Demoanfang, wo sich Black-Block-Gruppen oder neue Gruppen von „Aufständischen“, wie man die hier so nennt, an die Spitze stellten und versuchten, die Demo in eine militante Auseinandersetzung zu ziehen. Das hat auch hier Marseille zu recht hässlichen Konflikten innerhalb der *Gilets Jaunes* geführt, zwischen gewerkschaftlichen Demo-Ordnungsleuten und Leuten vom *cortège de tête*. Diese Scharmützel sind seit dem Winter zum Glück zurückgegangen, auch weil es die Sonntagsdemos der Gelbwesten-Frauen gab, die das ablehnten. Aber zusammengefasst: Der Unterschied zwischen Gelbwestenbewegung und der Bewegung gegen die Rentenreform ist mehrdimensional, auch auf das, wenn man so will, Innere der Gelbwestenbewegung bezogen, die sich ja selbst mehrmals neu definiert und zusammengesetzt hat.

Andererseits kann man feststellen, dass die Gelbwesten eine andere Mobilisierungsform hatten: über soziale Netzwerke statt über gewerkschaftliche Basisgruppen. Seit dem Winter haben sich die Gewerkschaften jedoch wieder ein bisschen Terrain zurückerobert. Es gab hier ja eine Diskussion über die „Gelbwestisierung“ der Gewerkschaften, aber der wichtige Unterschied scheint mir doch zu sein, dass die Gewerkschaften im Winter die Federführenden gewesen sind und dass es zentral um Arbeitskämpfe ging, was bei den *Gilets Jaunes* eher zweitrangig war. Betriebsbesetzungen gab es zwar auch im Winter fast keine, aber es hat doch das Ziel, durch Streiks und Blockaden ökonomischen Druck auszuüben, wieder eine stärkere Rolle gespielt. Zum Beispiel: In Fos-sur-Mer, einem Ort in der Nähe von Marseille, gibt es eine große Raffinerie. Vor der Fabrik gab es verschiedene Aktionen, und es hat immer wieder Berichte gegeben, dass das Benzin an Tankstellen knapp werden könnte. Ist dann zwar nie dazu gekommen, aber es wurde schon als Drohszenario entwickelt.

**Frage:** Wo lag der räumliche Schwerpunkt der Streiks?

**Lou Marin:** Meiner Wahrnehmung nach war der Schwerpunkt des Streiks Paris, Île-de-France. Hier in Marseille ist der Hafen zwar einmal blockiert worden, aber die Auswirkungen waren bei weitem nicht so stark wie in Paris. Als ich im Dezember fünf Tage dort war, lief wirklich gar nichts mehr. Ich habe, um von einem Stadtteil zum anderen zu kommen, einen halben oder einen ganzen Tag gebraucht. Die Metro war dicht, die Regionalbahnen fuhren nicht, die Auswirkungen des Streiks waren unübersehbar. In Marseille dagegen fuhr die Straßenbahn an den Demotagen lediglich in der Innenstadt nicht planmäßig, in den Außenbezirken aber wohl.

**Willi Hajek:** Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass in der Pariser Metro und anderen Verkehrsbetrieben die UNSA<sup>5</sup> als Gewerkschaft re-

<sup>5</sup> *Union nationale des syndicats autonomes* = Dachverband der autonomen Gewerkschaften, 1993 gegründet, organisiert vor allem Angestellte und Techniker\*innen, etwa 360.000 Mitglieder.

lativ stark ist, die eben auch das oben erwähnte Konzept der Basisentscheidungen vertritt.

**Frage:** Willi, würdest Du die Einschätzung teilen, dass der Schwerpunkt der Aktion seit September Paris war?

**Willi Hajek:** Ja und nein. Klar war Paris in der Bewegung gegen die Rentenreform wichtig. Das Bild von Paris als Zentrum des Landes und damit auch der sozialen Kämpfe wird aber doch auch durch die Medien geprägt. In den Berichten geht es immer nur um Paris. Man übersieht leicht die Ereignisse im Rest des Landes, zum Beispiel in den regionalen Metropolen wie Bordeaux oder Toulouse, oder in der Normandie. Auch dort gab es teilweise starke Mobilisierungen. An mehreren Demonstrationen in Bordeaux nahmen zwischen 5.000 und 10.000 Leuten teil, etwas sehr Ungewöhnliches in dieser Stadt.

In den Medien gibt es aber auch zwei Welten. Die großen Printmedien und Tageszeitungen, die meisten TV-Sender konzentrieren sich auf Paris. Daneben gibt es aber auch die andere Medienwelt, bei der es bei den Gelbwesten schon klar war: Die verfolgen alle ihre Facebook-Nachrichten, und da finden sie auch die regionalen Berichte. Es ist also eine differenzierte Bewegung, die ihre regionalen Besonderheiten hat, und in der sich vor allem in den Social Media auch lokale und regionale Medienwelten ausprägen, in denen eine Verständigung über Ziele stattfinden kann und die dazu beitragen, dass auch in den kleineren Städten und auf Kreisebene Informationen zirkulieren und sich Strukturen bilden können.

**Lou Marin:** Ich teile diese Einschätzung, möchte aber gerne ergänzen, dass dies auch für die großen Städte als solche gilt. Beispielsweise war ich im Dezember in Paris, hielt dort einen Vortrag in Malakoff, einem Stadtteil ganz im Süden, in einer Bibliothek. Die Linie 13, die dahin fährt, war total geschlossen, schon seit Tagen, Wochen, und die Veranstalter\*innen haben gesagt, ‚tut uns leid, es wird da wahrscheinlich niemand kommen heute Abend‘. Aber am Abend waren dann vierzig Leute da, und zwar alle aus dem Viertel, also aus Malakoff und aus Vanves, die waren dann zu Fuß gekommen oder mit dem Fahrrad. Ich habe die ge-



fragt, ‚wie kommt ihr hier hin‘, und die haben mir gesagt, ‚ja wir schauen seit neuestem wieder verstärkt, was eigentlich lokal, örtlich und so passiert‘. Wenn wir diese Riesenstadt nur mit der Metro passieren können, dann orientieren wir uns jetzt mal, wenn die Metro bestreikt wird, wieder auf die Zusammenarbeit im Stadtviertel. Hat man ja praktisch auch ganz vergessen.

**Frage:** Wie beziehen sich diese lokalen Besonderheiten, von denen ihr spricht, auf gemeinsame Ziele der Bewegung?

**Willi Hajek:** Das müssten wir uns nochmal genauer anschauen, finde ich. Einerseits ist die Vielfalt der Aktionen und Perspektiven ganz positiv. Es gab beispielsweise Aktionen gegen BlackRock Inc., ein Unternehmen, das Renten kapitalisiert und im Zusammenhang mit der Rentenreform natürlich ein gutes Ziel abgab: Jede Woche ging eine andere Gruppe hin und hat etwas gegen die unternommen. Das fand in Paris statt, aber in einer zugleich dezentralen und fokussierten Form.

Dennoch gibt es in der Vielfalt und in den vielen lokalen Bezügen auch das Moment der Zersplitterung. Um wieder von zu Marseille sprechen: Hier gibt es ja seit langem die Bewegung gegen Gentrifizierung und miserable Wohnbedingungen. Es gab massive Proteste gegen einstürzende und baufällige Häuser. Das hat in den besten Momenten dazu geführt, dass es gemeinsame Demos gab, auch schon bei den Gelbwesten. Aber nach und nach läuft dann auch viel wieder nebeneinander her, und die gemeinsamen Ziele geraten aus dem Blick. Ähnlich ist das in Bezug auf die Revolte in Algerien, ein Punkt, der hier in Marseille enorm wichtig ist, weil es hier eine sehr, sehr große algerische Community gibt. Wie in Algerien selbst findet hier jede Woche eine Demonstration statt, aber das läuft eher unverbunden nebenher.

Jetzt haben wir in knapp zwei Jahren zwei unglaublich massive Bewegungszyklen gehabt, und beide sahen am Anfang sehr vielversprechend aus. Aber je länger es dann dauerte, desto mehr ist das nebeneinander gelaufen, man hat sich wieder auf die eigenen, einzelnen Sachen konzentriert. Die sind natürlich auch wichtig, aber dann ist das so ein Ausufernd. Auch bei den Gelbwesten, natürlich ist es bewundernswert, wie lange

diese Bewegung ausgehalten hat, aber an einem bestimmten Punkt war auch klar, dass sie Anhänger\*innen verliert und der Druck nachlässt, der am Anfang da war.

**Lou Marin:** Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass sich die Rechten überhaupt nicht in der Bewegung gegen die Rentenreform engagierten, aber am Start waren und sind, wo es um lokale Konflikte ging. Sie agitieren zum Beispiel auch gegen den schlechten Zustand von Wohnungen. Da mieten sie große Lokale, mitten in den Zentren, wo sie mit ihren Forderungen nach Verbesserungen beim Wohnen sehr offensiv auftreten, natürlich nicht für Migrant\*innen. Oder sie treten auf gegen Parkgebühren, Wassergebühren für Boote und so etwas.

Man muss auch sehen, dass die Rechten ihre Basis lokal weiterentwickeln. Hier in der Gegend hat es ja über Jahre hinweg Bürgermeister vom *Front National* gegeben, etwa in den großen Vorstädten im Norden, Vitrolles oder Bollène zum Beispiel. Und die haben Kommunalpolitik gemacht, total übel, haben Wohnblocks mit vielen Migrant\*innen völlig verkommen lassen, die städtische Müllabfuhr gar nicht mehr oder nur noch viel seltener als zuvor da hinausfahren lassen. Danach haben sie irgendwann die Zeitung hingeschickt und gesagt, ‚schaut mal, wie verdreckt das hier aussieht‘, während sie die ganzen kommunalen Mittel ins Stadtzentrum haben fließen lassen, um eine schöne Kulisse für Touristen zu haben. Das wird meiner Meinung nach von der Linken viel zu wenig skandalisiert, unter anderem wohl deswegen, weil sie in den migrantischen Vierteln nicht so stark verankert ist.

**Willi Hajek:** Ja, das ist ein Problem. Ich wohne in La Ciotat, das ist genau so eine Stadt, wie du sie beschreibst. Mit einer geteilten Bevölkerung. Du hast zum Beispiel diese ganzen Innenstadtzonen. Die sind abends, wenn es dunkel wird, ab 18 Uhr, 18:30 Uhr, verlassen. Alles ist zu, nur die Jugendlichen sind da. Und die rechten Bürgermeister, auch jene, die nicht bei Le Pen sind, reden dann nur noch über Sicherheit: Um zu vermeiden, dass in den Innenstädten ‚die falschen Leute‘ unterwegs sind, werden die Buslinien aus den Vororten um 19:33 Uhr eingestellt. In La Ciotat hat der Bürgermeister zudem überall Kameras auf-

stellen lassen. Aber was machen wir mit diesen tristen Innenstädten? Bei uns fordern die linken Gruppen, dass Treffpunkte geschaffen werden, soziale Zentren. Im Wahlkampf hast du trotzdem nur drei Themen: erstens Sicherheit, zweitens Sicherheit, drittens mehr Polizei. Das trägt dazu bei, dass die Stadt wirklich zweigeteilt ist.

## Alte und neue Gewerkschaften

**Frage:** Stichwort Vielfalt versus Fragmentierung: Gibt es auch in der Gewerkschaftsszene eine Zersplitterung, zum Beispiel als Rückfall in Berufsgewerkschaften?

**Lou Marin:** Neue Gewerkschaften sind vorwiegend im Transportsektor entstanden. Aber ich finde, es ist relativ schwierig, etwas dazu zu sagen, welche Form von Basisgruppen das sind. Sie können aufgrund einer großen Unzufriedenheit vor Ort entstehen, aber auch aus einer Kritik an der Orientierung der Streikbewegung heraus.

**Willi Hajek:** Es gibt auch innerhalb der SUD-Solidaires unterschiedliche Strömungen, und nicht erst seit der gegenwärtigen Bewegung. Über ein Jahr lang gab es einen sehr militanten Poststreik in der Region 92, also im Pariser Umland, der sich gegen Umstrukturierungen und auch gegen die Entlassung von einigen Delegierten richtete. Träger und aktive Kerne in dieser Bewegung waren Militante, die von linksradikalen politischen Gruppen aktiv unterstützt wurden. Sie haben einige Erfolge in diesem Streik erzielt. Aber genau dieses Spannungsverhältnis zwischen einer militanten gewerkschaftlichen Basisbewegung und eingreifenden Politaktivisten gehört zu einer realen gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Genau da müssen Formen gefunden werden, die nicht auf Spaltung ausgehen, sondern die es ermöglichen, trotz aller Vielfalt gemeinsam zu handeln.

Berücksichtigt werden muss auch das spontane Moment der ganzen Bewegung. Die Versammlungen laufen im Moment so ab, dass zuerst breit über den Stand der Streikbewegung und die Aktionen diskutiert wird, und dann gehen einzelne Kolleg\*innen vor und machen konkrete

Vorschläge. Eine Aktion finde ich exemplarisch: Da wurde bei der öffentlichen Müllabfuhr ein Kollege entlassen, weil er sich ein bisschen neben seinem Fahrzeug ausgeruht hat. Das hatte jemand gefilmt, ins Netz gestellt, und daraufhin wurde dieser Kollege entlassen. Daraufhin haben Kolleg\*innen das Mülldepot besetzt und gefordert, dass die Entlassung zurückgenommen wird. Das hat mit der Rentenreform erst einmal nichts zu tun, und dennoch: Solche solidarischen Aktionen und Vorschläge, die nehmen spürbar zu! Ich glaube auch, dass das dazu führen kann, dass sich wirkliche Kollektive bilden, die sagen, ‚selbst wenn die SUD-Führung da nicht mitmacht oder wenn die SUD es einfach aus Zeitgründen und Überforderung nicht auf die Reihe bekommt ... dann machen wir das trotzdem!‘ Gerade in solchen breiten Bewegungen entstehen Initiativen, die vorher nicht von einer Zentrale geplant waren, und entwickeln eine überraschende Eigendynamik.

**Frage:** Also im Prinzip jenseits des Gewerkschaftsapparats...

**Willi Hajek:** Ja. Interessant wird, wie sich in diesem Zusammenhang die Streikkassen entwickeln. Es gibt so etwas in Frankreich ja traditionell nicht in zentralisierter Form. Aber in der jetzigen Situation wurde zur Bildung von dezentralen Streikkassen aufgerufen, wovon es inzwischen über 400 gibt. Und wenn die Leute die Idee haben, eine Streikkasse einzurichten, dann wird das auch ein Kollektiv. Dass es heute so was gibt, auch bei der CGT, halte ich für sehr wichtig. Und wichtig ist auch, dass diese Gelder nicht exklusiv ausbezahlt werden, sondern teilweise so, dass jemand, der drei Tage gestreikt hat, Geld bekommen kann, auch wenn er kein Mitglied einer Gewerkschaft ist, die Kassen also selbstorganisiert und frei zugänglich sind. Das ist ein ganz neues Phänomen.

**Lou Marin:** Bei Streiks hier sind auf lokaler Ebene immer ganz, ganz viele dabei, die nirgendwo formal organisiert sind. Einerseits ist es eine Schwäche: Es gibt wenig ökonomische Unterstützung. Aber man kommt natürlich schneller zur Selbstorganisation, weil die einzelnen Gewerkschaften viel weniger Mitglieder haben, als wir es zum Beispiel aus der BRD kennen. In der BRD sind die Streikkassen zwar voll, aber über die Streiks wird grundsätzlich immer ganz oben entschieden.

**Frage:** Nochmal zurück zu der Frage des Abflauens der Bewegung. Es gibt ja eine Diskussion darüber, dass die Mobilisierungsfähigkeit von gesellschaftlichen Bewegungen zunehmend geringer wird, weil Regierung und Unternehmer eine sehr harte, kompromisslose Linie fahren und man trotz stärkerer Mobilisierung eigentlich weniger erreicht. Da gibt es ja so eine Dialektik, in dem Sinne: Wenn man mehr erreichen kann, macht man vielleicht auch mehr. Gelegenheit macht Streiks. Ähnlich bei den Gelbwesten und bei den Streiks gegen die Rentenreform: Die Zugeständnisse von Macron passen ja auf einen Bierdeckel. Was bedeutet das aus strategischer Sicht?

**Lou Marin:** Das ist eine interessante Frage, aber schwer zu beantworten, natürlich, weil das auch etwas spekulativ ist. Was ich aber sehe, ist, dass es selbst zu den Hochzeiten des Streiks zwar in den Meinungsumfragen eine Mehrheit in der Bevölkerung gab, die sie befürwortete, aber es waren immer „nur“ knapp über die Hälfte, nie 80 oder mehr Prozent. Auch bei den Gelbwesten war das so. Was derzeit fehlt, ist ein, wie soll ich das nennen, ein polit-gesamtkultureller Umschwung in eine emanzipatorische linke, libertäre Richtung. Wenn man die gegenwärtige Situation etwa mit 1968 vergleicht, wo es so etwas ja gegeben hat. Einen Schwung nach links, mehr Emanzipation, sekundäre Effekte, durch die in der BRD etwa Willy Brandt an die Macht gespült wurde usw.; in Frankreich ließ sich das bis zur Aufbruchsstimmung Anfang der 1980er mit der Linkskoalition unter Mitterrand verfolgen, die zwar eine Enttäuschung wurde, aber doch eine gesellschaftliche Verschiebung zum Ausdruck gebracht hat.

Davon gibt es jetzt nicht viel, teilweise im Gegenteil: Das *Rassemblement National* profitiert ja zum Teil von der Situation, auch in der ersten Runde der Kommunalwahlen – obwohl es sich, wie gesagt, zu keinem Zeitpunkt positiv oder irgendwie aktiv-demagogisch auf die Proteste bezogen hat. Die gegenwärtige kulturelle Situation ist ähnlich der in der BRD, mit der Präsenz der AfD oder einer autoritären Fraktion innerhalb der CDU oder der FDP. Auch in Frankreich wird das nicht gebrochen, obwohl die Massenbewegungen hier da sind und in Deutschland

nicht. Und das fehlt mir eigentlich noch, dass müsste sich irgendwie ausdrücken, sonst kommt man da nicht voran.

**Willi Hajek:** Das sehe ich ganz anders. Vor allem in den Gewerkschaften hat sich schon sehr viel verändert, zum Beispiel in Teilen der CGT. Da können jetzt offene Fragen gestellt werden und Strategien besprochen werden, das gab es früher bestimmt nicht in vergleichbarem Maße. Das Suchen nach Formen der eigenen Aktion, wo wir selber entscheiden, wo wir selber Vorstellungen entwickeln, das geht weit über dieses Gewerkschaftliche, Repräsentative hinaus. Außerdem werden Sektoren aktiv, wie zum Beispiel die Vereinigungen der Anwälte und Richter, die gegen Kürzungen ihrer Renten eintreten, sich auch verbinden mit den Streiks und auf ihr gemeinsames Interesse hinweisen, weil auch die Beihilfen gekürzt werden, die Leute kriegen, die ihre Rechte aus Arbeitsverhältnissen einklagen. Ich weiß nicht, das ist auf eine Art viel faszinierender als nach '68. Ich habe nach '68 eher keine Operntänzerinnen gesehen, die über Wochen streiken und sich vor der Oper tanzend solidarisieren. Der gesamte Bereich von Dienstleistungen und gesellschaftlicher Arbeit – eben von der Oper bis zum Krankenhaus – hat eine enorme, neue Bedeutung bekommen, die er früher nicht gehabt hat.

**Lou Marin:** In dieser Hinsicht habe ich keinen Widerspruch. Ja, du hast recht, die Feuerwehrleute streiken ... und der Louvre war auch geschlossen, das ist etwas Besonderes. Und es gibt eine neue Diskussion: Was brauchen wir eigentlich, was nicht, wer macht welche Arbeit und wozu.

**Willi Hajek:** Besonders im Gesundheitswesen, und schon vor der Coronakrise. Die Forderung, dass öffentliche Güter frei zugänglich sein müssen. Dass über 1.000 Stationsleiter\*innen erklären, dass ein System abgeschafft werden muss, das Rentabilität um jeden Preis verlangt. Es bilden sich neue Allianzen zwischen Beschäftigten und mittleren Führungsebenen, die keine Lust haben, immer nur die nächste Effektivierung durchzusetzen. Das ist für mich eine ganz neue Dimension.

**Lou Marin:** Aber ich bin mir nicht sicher, ob diese Diskussion wirklich auf so breiter Ebene geführt wird, wie du es schilderst, oder ob das mehr ein Eindruck ist, der durch die Berichterstattung über bestimmte Sektoren in den Medien verstärkt wird. In Bezug auf die Schulen etwa hatte ich manchmal sogar einen umgekehrten Eindruck. Da heißt es zwar in der Zeitung, 70, 80 Prozent der Lehrer\*innen und Schüler\*innen streiken, aber wenn ich dann hier mit Lehrer\*innen aus den nördlichen Stadtvierteln spreche, erfahre ich: Sie sind fast allein. Sie würden ja gerne streiken, aber die Lehrer\*innen machen da nicht mit. Also unheimlich viel aufgetauter Frust ohne Ventil auch in Sektoren, von denen öffentlich behauptet wird, dort fänden Streiks in großem Ausmaß statt.

**Willi Hajek:** Vielleicht kommt man da ja auch nicht zu einem einheitlichen Bild. Wieder ein anderer Eindruck. Ich komme ja mit dem Regionalexpress nach Marseille, der fuhr die ganze Zeit nur ausnahmsweise. Wenn du dich nicht morgens erkundigt hast, wann einer geht, dann konnte es sein, dass da gerade drei Stunden Pause war. Dadurch hat sich aber etwas entwickelt. *Covoiturage* – das ist verrückt: An diesen Zahlstellen haben sich dann die Leute getroffen, sich über Social Media zu Fahrgemeinschaften zusammengefunden. Und inzwischen, bei den Kommunalwahlen, haben mehrere Gruppen den Vorschlag aufgestellt, diese Praxis allgemein einzuführen und Plätze an den Zahlstellen der Autobahn zu schaffen, an denen sich die Leute, die in die Stadt rein wollen, Mitfahrgelegenheiten suchen können.

**Frage:** Wie sah es in Bezug auf den Streik in den Bereichen aus, die privat organisiert sind, die aber dennoch wichtige infrastrukturelle Funktionen erfüllen?

**Lou Marin:** Ein weiteres Problem. Da gab es eine relativ schwache Beteiligung. Nehmen wir die Lkw-Fahrer\*innen, die beim großen Streik von 1995 bei Blockaden, gerade der großen Straßen um Paris herum, ganz wichtig waren, die lange Zeit mitgemacht haben, weswegen das auch so eine große Wirkung gehabt hat. Diesmal hat es einige Tage gegeben, an denen auch LKW-Fahrer\*innen gestreikt haben, aber nicht lange. Überhaupt gab es wenig Beteiligung von Belegschaften aus dem

Privatsektor jenseits des Transportsektors. Schon bei den Busfahrern war die Beteiligung oft niedrig, auch weil diese inzwischen ebenfalls stark prekariert sind. Viele von ihnen waren bei den Busstationen, wo sie über Nacht die Busse stehen lassen, schon um fünf Uhr morgens präsent. Als sie losfahren wollten, sind sie aber an den Toren blockiert worden – von Streikenden, aber eben nicht von Busfahrern. Die Prekarierten entschuldigten sich eher damit, auf den Lohn angewiesen zu sein, Familie zu haben und anderes. Da kommen die ganzen ökonomischen Zwangslagen: ‚Ich kann es mir nicht leisten, ich habe vielleicht auch nicht die Unterstützung von Streikkassen‘.

## Soziale Bewegungen während der Krise

**Frage:** Wie hat sich die Debatte über das, was hier „systemrelevante Bereiche“ genannt wird, in der Coronakrise verändert? Würdet ihr sagen, dass Forderungen nach einer besseren Versorgung und Infrastruktur eher gestärkt wurden? Oder sind sie im Gegenteil verstummt?

**Lou Marin:** Im Vergleich zur BRD war der Virus in Frankreich schon zwei, drei Wochen früher verbreitet, vor allem beim französischen Riesen-Hotspot Mulhouse, wo eine evangelikale Sekte mit 2.000 Anhänger\*innen eine Woche gemeinsam fastete, was der Auslöser der starken Verbreitung in Frankreich war. Macron hat ja am 15. März noch Kommunalwahlen abgehalten und verfügte den Shutdown erst am 17. März, gleichzeitig wie in der BRD – viel zu spät, das hat er später selbst zugegeben.

Für „systemrelevante“ Bereiche verfügte er gleich Ende März ein „Ausnahme“-Arbeitsrecht, das viel schlimmer war als das geltende, das an sich schon sehr umstritten ist. Die Arbeitszeit wurde von der gesetzlich geltenden 35-Stunden-Woche auf 60 (!) Wochenstunden erhöht; die Nachtarbeitszeit von regulär zehn auf zwölf Stunden erhöht, auch die Rechte der Personalvertretungen wurden beschnitten. Diese Maßnahmen trafen vor allem das Pflegepersonal im Gesundheitsbereich, das ja schon seit März 2019 gegen Streichungen von Belegbetten und



Dumpinglöhne gestreikt hatte. Das französische Gesundheitssystem war, wie in diesem Streik bereits sichtbar wurde, extrem schlecht vorbereitet; die neoliberalen Kürzungen sind in Frankreich weiter fortgeschritten als in der BRD. Und in der Krise fehlte es an allem, an Beatmungsgeräten auf Intensivstationen, an Masken, an Schutzkleidung. Oftmals stülpten sich Krankenpfleger\*innen blaue Müllsäcke über. Diese ausgesprochen schlechte Versorgungslage ist – neben dem heftigen Ausbruch in Mulhouse – Ursache für die im Vergleich zur BRD hohe Zahl von Coronatoten in Frankreich (gegenwärtig: 30.000 Tote in Frankreich, etwa 8.000 in der BRD). In den ersten Wochen der Krise ging es somit allen vorrangig darum, durchzuhalten und Leben zu retten, wo sie nur konnten. Gleichzeitig hob diese Praxis aber auch das neoliberale Registrieren und Aufzählen von Dienstleistungstätigkeiten nach Rentabilitätskriterien, die bisher eingehalten werden mussten, auf: Es wurde einfach gemacht und getan, was nötig war.

**Frage:** Im April gab es einen Streikaufruf für den öffentlichen Dienst. Was waren die zentralen Forderungen? Wurde der Aufruf befolgt?

**Willi Hajek:** Die Bedeutung des Aufrufs lag darin, dass er allen Beschäftigtengruppen nahelegte, in den Streik zu treten oder nicht zur Lohnarbeit zu gehen, wenn zum Beispiel bestimmte Sicherheitsbedingungen vor Ort von den Unternehmen nicht erfüllt wurden. Und das hat eben im öffentlichen Dienst angefangen. Später gab es dann auch entsprechende Gerichtsurteile, etwa gegen Renault oder Amazon.

**Lou Marin:** Zuerst ging das bei der Post los. Die in SUD-PTT<sup>6</sup> organisierten und streikerfahrenen Postbediensteten machten von einem spezifischen Recht Gebrauch, dem *droit de retrait*, dem Recht, zuhause zu bleiben, wenn die Arbeitsbedingungen die Gesundheit gefährden – und das ist bei Corona ja der Fall. Am 9. April 2020 verurteilte ein Pariser Arbeitsgericht erstmals ein Management, das der Post, dazu, konkrete Schutzmaßnahmen für die Arbeiter\*innen einzuführen und irrelevante Dienstleistungsbereiche zurückzufahren. Das war der erste Erfolg der Gewerkschaften in diesen Pandemiezeiten.

<sup>6</sup> Branchenorganisation der SUD bei Post und Telekommunikationsdiensten, siehe Anm. 3.

**Frage:** Ging es auch bei den Streiks bei Amazon um diese Frage?

**Lou Marin:** Der Erfolg bei der Post hatte unmittelbare Auswirkungen auf Amazon France. Amazon hatte sich selbst als „systemrelevant“ erklärt, um ungebrochen weiter Profite machen zu können. Die dortigen Arbeiter\*innen, ebenfalls in einer Branchengewerkschaft der SUD organisiert, streikten bei den sechs Logistikzentren von Amazon France vom 17. bis zum 19. März – mit dem Ergebnis, dass das Management geradezu lächerliche und rein symbolische Hygienemaßnahmen einführte, die aber nichts daran änderten, dass die Arbeiter\*innen zuhause blieben. Wie das Management nun reagierte, ist schon ein Hammer. Es zeigt nur, wie wenig effektiv Verhandlungen zwischen Leitung und Belegschaft in Frankreich tatsächlich sind: Amazon France hat nun nämlich die eigenen Logistikzentren geschlossen und die Auslieferung von Bestellungen in ganz Frankreich einfach über Amazon-Logistikzentren und -Warenlager in anderen Ländern, in Italien, Spanien, der BRD und Polen organisiert, wo nicht gestreikt wurde. Dabei waren damals schon die Grenzen zu – aber die Güter kamen durch! In keinem anderen Land hat Amazon das gemacht!

Am 16. April ging die SUD mit Hilfe der Anwaltsabteilung ihrer Kolleg\*innen bei der Post, die die Amazon-Kolleg\*innen berieten, vor Gericht und erreichte durch ein Urteil vom 24. April, dass die Arbeiter\*innen von Amazon France nun immerhin vom 16. April bis in den späten Mai hinein zuhause bleiben konnten. Erst am 20. Mai kam es in den Distributionszentren in Marseille und Montélimar zu einer betrieblichen Einigung, die die Durchführung einer Risikoabschätzung und einer in Konsultation mit den Gewerkschaften koordinierten Umsetzung von weitreichenden Schutzmaßnahmen bei der Arbeit vorsah. Unter diesen Bedingungen wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Aus diesen beiden Erfolgen bei der Post und bei Amazon entwickelte sich eine Strategie, Arbeitsniederlegungen aus Hygienegründen von Klagen vor Gericht zu begleiten. Fast immer waren die Urteile für die Beschäftigten positiv. Die Strategie wurde dann bei Michelin, bei Renault oder der Speditionsfirma Cogepart aufgegriffen

und war auch da erfolgreich. Erst später kam heraus, dass der Autobauer PSA-Citroën den Betrieb bereits am 16. März nur auf den Druck der Arbeiter\*innen hin geschlossen hatte.

Etwas überspitzt könnte man also sagen, dass der französische Shutdown im Gegensatz zur BRD deutlich weniger durch staatliche Verordnungen, sondern durch den Druck der Arbeiter\*innenbewegung durchgesetzt wurde.

## Gesellschaftlich notwendige Arbeit

**Frage:** Wie würdet ihr kurz die Situation im Gesundheitswesen beschreiben? Haben sich die am Anfang beispielsweise für Marseille geschilderten Konflikte fortgesetzt? Und wenn ja, in welcher Form?

**Lou Marin:** Macron hat am 25. März Krankenhäuser am Hotspot Mulhouse besucht, die völlig überlastet waren und Kranke in Zügen in andere Regionen verfrachten mussten. Er hat dort den Eindruck der Betroffenheit erweckt und für das Personal im Gesundheitswesen einen massiven Investitions- und Aufwertungsplan versprochen. Später hat er sogar seine neoliberale Krankenhausreform von vor zwei Jahren als Fehler bezeichnet. Doch passiert ist bis Ende Mai nichts, im Gegenteil. Umgesetzt wurde lediglich eine lächerliche einmalige Zusatzprämie, bei der auch noch je nach Funktion differenziert wird; die Kolleg\*innen bekommen zwischen 500 und 1.500 Euro. Außerdem bekommen sie eine Medaille für ihr Engagement – die Pflegekräfte empfinden das angesichts ihrer Forderung nach substantiell höheren Löhnen als Hohn.

Ein Marseiller Krankenhauspsychologe, der die Familien der Toten betreut und dabei seine Überstunden gar nicht gezahlt hat, hat als Anerkennung für seine Arbeit auch jetzt noch eine Erneuerung seines befristeten Arbeitsvertrages um nur einen einzigen Monat (!) erhalten. Die Unterstützung der hochverschuldeten Krankenhäuser mit staatlichen Geldern fiel bereits vor der Krise so gering aus, dass bis Mitte Januar insgesamt 1.600 Personalchefs in ganz Frankreich ihren Verwaltungsposten aufgeben hatten. In den Marseiller Krankenhäusern

wurden nach Ausbruch der Krise 200 zusätzliche Pflegekräfte eingestellt sowie Beatmungsgeräte und Schutzausrüstung im Wert von 200.000 Euro angeschafft, was vor kurzem angesichts der Rentabilitätskriterien noch unvorstellbar schien. Aber das haben die Krankenhäuser auf eigene Faust durchgeführt, ohne Absprache mit dem Gesundheitsministerium, und bis heute ist unklar, wer die Rechnung zahlt.

Niemand vom Personal will wieder in die neoliberale Zeit zurück, in der mit Exceltabellen jeder einzelne Handgriff erfasst wurde, um die Rentabilitätsforderungen des Gesetzes zu erfüllen. Aber den Worten von Macron sind bisher noch keine Taten gefolgt; in die jüngsten Verlautbarungen mischte sich sogar schon wieder die Rede von einer Aufweichung der eigentlich noch immer geltenden 35-Stunden-Woche im Gesundheitswesen. Deshalb geht das Pflegepersonal in Marseille seit Samstag, 16. Mai, wieder protestierend auf die Straße; eine frankreichweite Protestdemo ist für Mitte Juni angekündigt.

**Willi Hajek:** Ich würde das so zusammenfassen: Das Gesundheitswesen wird in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und der sozialen Bewegungen stehen. Dabei geht es gerade um die Gebrauchswertseite und den gesellschaftlichen Nutzen aller Tätigkeiten in diesem Bereich – für eine solidarische Gesellschaftlichkeit. In Verbindung mit der geplanten Rentenreform und dem fortschreitenden Prekarisierungsprozess kann das zum Brennpunkt einer demokratisch-sozialen Aufstandsbewegung werden.

**Frage:** In den Vorstädten gab es heftige Proteste, die sich auch auf das beziehen, was vorher schon zum Rassismus und der Teilung der Städte gesagt wurde. Wie würdet ihr diese Entwicklungen beschreiben, und wie bezieht sich die Linke darauf?

**Willi Hajek:** Die Polizeigewalt und die Straflosigkeit der Polizeitrupps polarisiert die französische Gesellschaft immer weiter. Das öffentliche Auftreten gegen die Polizeigewalt wird auch in Frankreich, wie jetzt ja aktuell auch in den USA, dokumentiert in Bildern und Berichten. Aber es wird geleugnet und gerechtfertigt: vom Innenministerium, den Ordnungsparteien, dem größten Teil der herrschenden Medien. Das

Problem der Polizeigewalt ist auch ein Problem der sozialen Bewegungen insgesamt, es ist eine wichtige Erfahrung der Gelbwesten.

**Lou Marin:** Es ist im Grund ähnlich wie in den Arbeitskonflikten. Die Wohnbedingungen in den Vorstädten sind einfach nicht für eine Ausgangssperre kompatibel, in jeder Beziehung, bei Familien mit fünf, sechs Leuten pro Zimmer. Gerade erst ist in Marseille ein neuer Corona-Cluster nach Beginn der Lockerungen entdeckt worden, bei Obdachlosen, die im 13. Arrondissement, in den nördlichen Problemvierteln ein paar Wohnungen der Sozialwohnungs-Hochhäuser besetzt hatten. Obdachlose werden kaum erfasst, sie haben Angst und gehen daher auch nicht mit einem Rezept zum Testen. Die Dunkelziffer dort muss hoch sein. Leute von MDM (*Médecins du Monde*) und MSF (*Médecins sans Frontières*) kümmern sich um sie, suchen sie vor Ort auf und sensibilisieren sie, sich testen zu lassen.

In einem McDonald's, der lange bestreikt und jetzt sogar besetzt wurde, im 14. Arrondissement, haben Aktivist\*innen seit Anfang April mehr als 3.200 Lebensmittelpakete für insgesamt 45.000 Personen aus den armen Vierteln verteilt. Die für die Mittelstufe zuständige Lehrer\*innengewerkschaft schätzt, dass ca. 60 Prozent der Kinder aus den Vorstädten während der Schulschließungen abgehängt wurden, also den Lernstoff nicht mitverfolgen konnten. Oft gibt es in den überfüllten Wohnungen nicht mal einen Computer. In der ersten Woche nach den Wiedereröffnungen der Schulen kamen nur rund zehn Prozent der Schüler\*innen überhaupt zum Unterricht.

Linke Aktivist\*innen sind an Besetzungen wie bei McDonald's und an den Aktivitäten der medizinischen Hilfsorganisationen beteiligt. Aber es gibt meines Erachtens keine wirkliche Strategie, weil die räumliche Separation der Vorstädte von den Stadtzentren über Jahrzehnte hinweg so verfestigt ist, dass es kaum eine Perspektive gibt, kurzfristig etwas daran zu ändern. In Marseille bleibt die Vorstadtbevölkerung seit Jahren sogar bei Kommunalwahlen weg. Das hat zur Folge, dass die genannten 13. und 14. Arrondissements im Marseiller Norden in den letzten fünf Jahren von einem *Front-* bzw. *Rassemblement-Natio-*

nal-Vizebürgermeister regiert werden, obwohl dort mehrheitlich Leute mit maghrebinischer Herkunft wohnen. Vielleicht bringt die neue, zwischendurch abgebrochene kommunalpolitische Kampagne mit einer neuen linken Liste Abhilfe, aber sicher ist das nicht.

**Frage:** Wie erklärt ihr euch den mangelnden Bezug linker Organisation zur Situation in den Vorstädten?

**Lou Marin:** Das Problem ist, dass die klassische Arbeiter\*innenbewegung und die über soziale Bewegungen sozialisierte Linke seit Jahrzehnten keinen Zugang zu den Leuten in den Vorstädten finden, zum Beispiel, weil die meist atheistischen Aktivist\*innen diesen pauschal Islamismus oder Salafismus unterstellen. Das war schon bei den Aufständen 2005 in den Pariser Vorstädten ein Problem. Und es hat sich tatsächlich ein Sammelsurium an identitären Rückzugsbewegungen in den Vorstädten gebildet, die alle darauf hinauslaufen, nur ja keine Aktionsbündnisse mit weißen Aktiven in den Stadtzentren zu schließen. Teilweise haben sie sogar deren Lokale und Treffs überfallen, unter anderem auch einen linken Treff in Marseille, das *Mille Babords*.

Das ist eine katastrophale Spaltung, die sich ständig ausweitet und die aufgebrochen werden müsste. Wenn nicht, bleibt es, wie es ist. Es gibt ständig, immer wieder Hunderte von isolierten Schlachten der Vorstadtjugendlichen mit der oft brutal vorgehenden Polizei – und es interessiert kein Schwein, nicht die Presse, nicht die Vizebürgermeister, niemanden. Das verpufft jedes Mal ohne jede Konsequenz. Und ihre eigene Revolte ist so isoliert und klein, dass daraus nie eine Massenbewegung entstehen kann, wie bei den Gelbwesten, wie bei der Bewegung gegen das Rentengesetz.

**Willi Hajek:** Ich würde auch das etwas anders sehen. Es gibt ja durchaus Verbindungen zwischen den Linken und migrantischen Kämpfen, in den Stadtzentren selbst, aber auch in Bezug auf die Vorstädte. Du hast ja selbst ein paar Beispiele genannt, im April gab es tagelange Proteste in den Vorstädten, unter anderem von Paris, gegen Polizeigewalt, und das wurde von vielen linken Gruppen durchaus aufgegriffen. Sicher, mit wenig konkreten Verbindungen, und vor allem mit dem Schwerpunkt des

Protests gegen soziale Ausgrenzung, Rassismus und konkrete Menschenrechtsverletzungen, aber das ist ja auch sehr wichtig!

**Frage:** Wie würdet ihr grundsätzlich die Situation der sozialen Bewegungen in Frankreich in der Coronakrise beschreiben? Wie geht es post Corona eurer Vermutung nach weiter?

**Lou Marin:** Wie oben schon gesagt, sind die sozialen Bewegungen ganz und gar nicht verschwunden, sie waren während Corona weiter aktiv, und sie werden sicherlich nach der derzeit laufenden Lockerungsphase weitergehen. Denn Macron ist durch seine späte Reaktion auf Corona und aktuell durch seine von vielen Leuten als verfrüht angesehenen und nur der kapitalistischen Wirtschaft dienenden Lockerungen völlig unten durch – noch weiter unten durch als vorher schon. Während der Krise wirkte Macron bei seinen Besuchen der überlasteten Krankenhäuser sichtlich erschüttert; er hat Fehler öffentlich zugegeben und Finanzhilfen für die Ausstattung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen angekündigt. Daran wird er nun natürlich gemessen. Die Gewerkschaften, in denen das Pflegepersonal organisiert ist, machen Druck, weil sie jetzt noch im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stehen. Denn wenn jetzt jedermann über ihre außergewöhnlichen Leistungen angesichts einer katastrophalen Ausgangslage redet, Leistungen, die immerhin dazu geführt haben, dass es lediglich 30.000 und nicht etwa 300.000 Tote in Frankreich gegeben hat, dann können die Pflegekräfte die geforderten Lohnerhöhungen und radikalen Ausrüstungsverbesserungen im Gesundheitswesen und in den Altenheimen aktuell möglicherweise durchsetzen.

**Frage:** Wenn ihr die Situation in Deutschland und Frankreich vergleicht: Welche Unterschiede seht ihr?

**Lou Marin:** Ich hatte bereits erwähnt, dass der Shutdown in Frankreich, im Gegensatz zur BRD, zu einem Großteil durch Streiks, Arbeitsverweigerungen und Gerichtsklagen aus der Arbeiter\*innenbewegung durchgesetzt wurde. Das entspricht ein wenig dem oft genannten Unterschied, dass die Sozialpartnerschaft in der BRD, verdoppelt ja auch durch die CDU/SPD-Koalition, relativ besser funktio-

niert. In Frankreich gibt es noch immer eine unglaubliche Dickköpfigkeit der alten Firmenpatriarchen, aber auch des modernen Managements, die bei sozialen Auseinandersetzungen schnell dazu führt, von oben rücksichtslos in den Konflikt mit den Arbeiter\*innen und Gewerkschaften einzutreten, ohne den geringsten Willen, auch nur die kleinsten Zugeständnisse zu machen, um Streiks zu vermeiden. Dass etwa das französische Management von Amazon die Verteilung vollständig in andere EU-Ländern verlegt hat, spricht Bände.

Ein weiterer Unterschied, den ich wahrgenommen habe, weil ich in der Zeit der Ausgangssperre sowohl in der BRD als auch zu Hause in Marseille war, war der Wegfall jeglicher Kriegsrhetorik in den Verlautbarungen der Merkel-Regierung. Macron dagegen sprach, nachdem er noch am 15. März verlauten ließ, dass wer einkaufen gehe, auch bei den Kommunalwahlen wählen gehen könne, schon am nächsten Tag davon, dass Frankreich sich jetzt im Krieg gegen Corona befinde. Das ist typisch. Diese Kriegsrhetorik setzt sich auch in den Köpfen der Opposition fest, die sich an martialischen Slogans fast überschlägt, besonders bei den Gelbwesten. So etwa bei einem Gelbwestenaktivist der ersten Stunde, Christoph Chalengon aus der Vaucluse, östlich von Marseille. Er veröffentlichte Videos mit der Forderung, es solle eine Bürgerarmee geben, die auf Paris marschieren solle. Dann wieder wollte er einen Bürgerkrieg, dann den Einsatz von Paramilitärs gegen Macron, jüngst forderte er wieder die Absetzung des Präsidenten durch eine Übergangsregierung von drei Armeegenerälen. Wie bei einigen anderen Aktivist\*innen auch, zeigt sich hier ein autoritär-gewaltsames Bewusstsein, das nur als direkte Übernahme von Macrons ungebrochenem Regierungsmilitarismus zu verstehen ist. Seine Tendenz, alles auf Begriffe des Kriegs oder der Armee oder zumindest der Französischen Revolution inklusive Guillotine zu bringen, finde ich ganz schlimm, denn sie trägt zu einer Militarisierung und Brutalisierung der Politik bei, die sich auch auf die Kultur der sozialen Bewegungen auswirken kann. Damit sind wir bei einem Schlag von Leuten, die man mit den Querfrontler\*innen in der BRD in den Nach-Corona-Hygienedemos vergleichen kann.



Aber es gibt in dieser Hinsicht auch einen Riesenunterschied. In der BRD könnte die Rechte und Nazis den Protest gegen zu strenge Quarantäne tatsächlich kapern, denn die dort geäußerten Freiheitsvorstellungen sind egozentrisch und von jeder sozialen Solidarität entfernt. Dagegen hat die Tatsache, dass die Arbeiter\*innenbewegung in Frankreich den Shutdown in den Schlüsselindustrien gegen Macrons zögerliche Regierung durchgesetzt hat, auch ein ganz anderes Bewusstsein über Corona entstehen lassen. Kaum jemand in Frankreich behauptet, dass Corona gar nicht existiert oder Bill Gates an allem schuld ist. Dafür sorgen schon die 30.000 Toten, die zu beklagen sind. Die Corona-Leugner\*innen in der BRD wissen gar nicht, wie gut sie vergleichsweise durch die Krise gekommen sind, weil sie den Vergleich mit anderen Ländern gar nicht wahrnehmen wollen!

**Willi Hajek:** Auf den ersten Blick ist die Situation in Frankreich völlig anders, aber es gibt ja auch viele Parallelen, wie zum Beispiel in den Auseinandersetzungen um das Gesundheitswesen, um die Situation in bestimmten Betrieben, wie bei Amazon. Sicher ist die Situation nicht in jeder Hinsicht identisch, und das, was Lou gesagt hat, weist ja auch auf einige Unterschiede hin. Aber es gilt ja auch, das Gemeinsame und das Verschiedene diesseits und jenseits des Rheins zu verstehen, was Voraussetzung für eine transnationale soziale Bewegung wäre.

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 27 (2020), S. 155-179

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/72005

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20200701-114235-1



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.